

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den gew. Tag. Verkaufspreis: Bei Abholung im Ort 2,30 Mk., bei Zustellung durch die Post 2,50 Mk., bei Abholung im Ort 2,30 Mk., bei Zustellung durch die Post 2,50 Mk. Einmalige Anzeigen werden nach Maßgabe des Rates berechnet. Bei Wiederholungen wird ein besonderer Preis vereinbart. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Druckarbeiten nicht verantwortlich. — Abbestellung erfolgt nur, wenn vorher verlangt.

Angewandte: Die Spezialdruckerei 20 Goldschmidt, die 4-galdrige Seite der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldschmidt, die 3-galdrige Seite im täglichen Teil 100 Goldschmidt. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Druckarbeiten nicht verantwortlich. — Abbestellung erfolgt nur, wenn vorher verlangt.

Nr. 218. — 85. Jahrgang. Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach Dresden 2640 Mittwoch, den 3. November 1926

Sechzig Minister.

Die Finanzminister der deutschen Länder haben sich in Berlin zu einer Beratung versammelt, um ihre Sorgen und Wünsche kundzutun. Bei den Besprechungen handelte es sich in der Hauptsache um die Anteile, die die Länder von den Erträgen der Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer erhalten. Wieder taucht der Wunsch auf, daß bei der Einkommensteuer dieser Anteil auf 90 % erhöht werden soll. Das Reich soll den gegebenen Ausschüssen nach nicht daran denken können, auf diese Wünsche einzugehen, weil die Erträge aus der Umsatzsteuer ganz gewaltig zurückgegangen sind. Hierbei besteht noch eine besondere Frage. Das Reich hatte garantiert, daß den Ländern aus dem Ertrag dieser Steuer wenigstens 450 Millionen Mark überwiesen werden würden, weil man damit gerechnet hatte, daß der Ertrag mindestens 1500 Millionen erreichen würde. Dies ist aber nun nicht geschehen. Abgesehen von dem allgemeinen Rückgang der Einnahmen überhaupt ist die Umsatzsteuer ja beträchtlich herabgesetzt worden. Das Reich verlangt nun, daß die Garantie aufgehoben wird, auf diese Weise also nur von dem wirklichen Ertrage der Steuer die ihnen zustehenden 30 % erhalten, weil das Reich sonst 200 Millionen Mark mehr bezahlen müßte, als es ohne jene Garantie geschehen würde.

Ein zweiter Streitpunkt ist eine andere Garantie, nämlich diejenige dafür, daß leistungsschwache Länder aus dem Gesamtertrag der Einkommensteuer 80 % erhalten sollen, auch wenn der Ertrag bei ihnen selbst unter 80 % des Reichsdurchschnitts liegt. Nun gibt es eine ganze Reihe von kleinen Ländern, bei denen das schon jetzt zutrifft, die also beträchtliche Summen vom Reich verlangen, und im nächsten Jahre werden es auch mehrere größere Länder sein. Auch diese Garantie will das Reich befristigen, so daß die Länder tatsächlich nur den Anteil erhalten sollen, der ihnen auf Grund der wirklichen Erträge zusteht. Und zwar soll die Aufhebung dieser Garantie mit rückwirkender Kraft ab 1. April 1926 erfolgen.

Zweifellos muß es darob zu heftigen Auseinandersetzungen kommen, weil manche der betroffenen Länder erklären, das Reich zerstöre durch solche Art finanzieller Strangulierung ihr Eigenleben. Namentlich die süddeutschen Staaten haben immer wieder betont, es genüge nicht, den föderalistischen Gedanken verfassungsgemäß zu betonen, sondern man müsse den Ländern auch die finanziellen Unterlagen ihrer eigenen Existenz lassen oder wiedergeben. So aber seien sie geradezu auf das Almosen vom Tische des Reiches angewiesen, namentlich durch die Übertragung der ertragreichsten Steuern an das Reich. Der Reichsminister des Innern, Kütz, hat schon angedeutet, in welchem Sinne die Antwort der Regierung auf diesen Vorwurf erfolgen wird. Er hat nämlich in einer Dresdener Rede darauf hingewiesen, daß der Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern ergänzt werden müsse durch eine sparsamere Verwaltung in den Ländern, vor allem aber sei es eine Unmöglichkeit, daß sich das Reich finanziell so schwer bedränge. Deutschland hat 60 Minister und 2000 Parlamentarier.

Es wird viele Leute in Deutschland geben, die keineswegs antisöderalistisch sind und sich doch der Ansicht des Ministers anschließen, daß auf diesem Gebiete, also bei allen Länderparlamenten, sich beträchtliche Ersparnisse durchführen lassen. Diese Forderung ist auch angesichts der überaus zerfahrenen parteipolitischen Verhältnisse nicht ganz unberechtigt. Bei der Vielheit der Parteien, der Unschärfe der Regierungskoalition — die diesmalige Neuwahl in Sachsen bietet wieder ein drastisches Beispiel — liegt die Gefahr zutage, daß allzu leicht unnötige Ausgaben bewilligt werden, weil sich so viele Parteien dann in die Sorge für die Einnahmendeckung teilen müssen, also keine von ihnen recht die Verantwortung zu tragen hat.

Tatsächlich stehen in vielen Fällen die durch den überaus großen Verwaltungs- und Parlamentsapparat erwachsenden Kosten in keinem Verhältnis zu dem Umfang und der Bedeutung der einzelnen Länder. Andererseits sind die Reichseinnahmen stark im Rückgang, besonders bei den im Reich schnell und zwangsmäßig vorhandenen Ausgaben. Wenn freilich den Ländern die Mahnung zur Sparsamkeit auf den Weg gegeben wird, dann können diese mit Recht verlangen, daß das Reich mit gutem Beispiel vorangeht. Und da ist wohl auch noch manches zu tun.

Die Berliner Verhandlungen.

Der Vorschlag des Reichsfinanzministers Dr. Reinhold, die Regelung des Finanzausgleichs zwischen dem Reich und den Ländern bis 1928 zu vertagen, soll bei den Besprechungen der in Berlin versammelten Finanzminister nicht ohne Anklang geblieben sein. Andererseits bestanden die Länder auf der Forderung von 90 % aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer. Das Reich hält nur 75 % für möglich. Die Hauptschwierigkeit lag in den fortgesetzten Debatten bei der Meinungsverschiedenheit über die Reichsgarantie.

Beratungen im Auswärtigen Ausschuss

Dr. Stresemann über Thoiry.

Die Militärkontrollfrage vor dem Auswärtigen Ausschuss. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages behandelte am Dienstag unter dem Vorsitz des Abg. Hergt (Dm.) den politischen Fragenkomplex, der mit dem Namen Thoiry zusammenhängt. Die Beratungen wurden durch ausführliche Darlegungen des Reichsaussenministers Dr. Stresemann eröffnet, der betonte, daß zu einer pessimistischen Auffassung kein Grund vorhanden sei und daß das gegenseitige Vertrauen ungeschwächt fortbauere. Die Aussprache über diesen Punkt verlief überaus ruhig. Auch von der Opposition waren die Reden außerordentlich zurückhaltend. Von allen Seiten kam zum Ausdruck, daß die Verhandlungen noch in der Schwebe seien und daß man insfolgedessen kein abschließendes Urteil über ihre Erfolgsaussichten gewinnen könne.

Nach Dr. Stresemann sprach General v. Pawels über Militärkontrolle und die Frage der Verbände in Deutschland. Auch Reichsinnenminister Dr. Kütz nahm bei dieser Gelegenheit zu einigen Erläuterungen das Wort. In der Aussprache über diesen Punkt soll es zu einer schärferen Auseinandersetzung zwischen dem deutschnationalen Abgeordneten Prof. Hörsch und dem Reichsaussenminister gekommen sein.

Zum Schluß der Aussprache wurde ein Antrag der Regierungspartei und der Sozialdemokraten angenommen, worin beschlossen wurde, die Frage der Militärkontrolle einem Unterausschuss zu übertragen und die Reichsregierung aufzufordern, diesem Unterausschuss das gesamte einschlägige Material zugänglich zu machen. Die sachliche Stellungnahme soll im Auswärtigen Ausschuss solange verzielt werden, bis der Bericht des Unterausschusses erstattet ist. Zugunsten dieses Antrages stellten die Deutschnationalen einen eigenen Antrag zur, der sich auf die sachliche Seite der Militärkontrolle bezieht.

Der gelynchte Zamboni unschuldig?

Russolini mit der Panzerweste.

In Genf werden italienische Meldungen lebhaft besprochen, die auch eine gewisse Bestätigung in Nachrichten italienischer Zeitungen und der offiziellen Siesaniagentur zu haben scheinen, denen zufolge der gelynchte angebliche Attentäter Zamboni nicht der wirkliche Attentäter sein soll und einem entsetzlichen Verbrechen zum Opfer gefallen ist. Es wird berichtet, daß die ganze Familie Zamboni in keiner Weise den Faschisten feindlich gegenübersteht. Der junge Zamboni, der unter den vierzehn Dotschischen sein Leben aushaucht, soll sogar vor einigen Monaten seine Aufnahme in die faschistische Jugendorganisation beantragt haben. Daß die ganze Familie Zamboni in Bologna inzwischen verhaftet wurde, betrachtet man in Mailand als erklärlich aus der Annahme, daß der junge Zamboni das Attentat kaum aus eigener Initiative unternommen haben dürfte, falls er überhaupt der Täter ist. Außer dem Vater Zambonis, einem wohlhabenden Buchdruckerbesitzer in Bologna, sind noch zwei Brüder und eine Tante des jungen Zamboni in Bologna verhaftet worden.

Vor einer großen Menschenmenge erklärte der Generalsekretär der faschistischen Partei, Turati, er werde dem Großen Rat der Faschisten, der am 5. November zusammentritt, vorschlagen, daß die Todesstrafe auch mit rückwirkender Kraft verhängt werden solle. Aus Anlaß der Rettung des Duce war die Stadt Rom illuminiert. Mussolini soll der tödlichen Kugel dadurch entgangen sein, daß er eine Panzerweste unter seiner Kleidung trug, die die Kugel des Mörders apprallte. Infolge des Attentates ist es mehrfach zu Ausschreitungen gegen oppositionelle Blätter und deren Redakteure gekommen.

Gegen den Achtfundentag.

Erklärung zu dem vorgeschlagenen Notgesetz.

Die deutschen Unternehmerverbände verbreiten folgende Erklärung: Die Spitzenorganisationen der deutschen Arbeitnehmer haben sich mit einer gemeinsamen Entschliefung an die Öffentlichkeit gewendet, in der zur Behebung der Arbeitslosigkeit die sofortige Wiederherstellung des Achtfundentages im Wege eines Notgesetzes verlangt wird.

Hierzu erklären wir, daß ein solcher Eingriff in die Produktionsgrundlagen der deutschen Wirtschaft nach der wirtschaftlichen Seite hin eine Verminderung der Produktionsleistung und damit letzten Endes eine Preisversteigerung mit allen ihren verhängnisvollen Folgen nach innen und außen nach sich ziehen würde. Vor allem aber würde dieser Schritt keine irgendwie ins Gewicht fallende Wiedereinstellung von Arbeitslosen zur Folge haben, wohl

Deutschlandkundgebung in Buenos Aires.

Feier zu Ehren Dr. Luthers.

Zu Ehren Dr. Luthers fand in Buenos Aires auf dem Plage der argentinischen Landwirtschaftsgesellschaft, der überwiegend mit der verfassungsnahen Handelsflagge ausgeschmückt war, eine gewaltige Deutschlandkundgebung statt, an der etwa 8000 Deutsche aller Parteien und Schichten teilnahmen. Der Vorsitzende des Deutschen Volksbundes in Argentinien, Dr. Köhmer, hob in seiner Festrede hervor, daß in der Versammlung zum erstenmal wieder alle Deutschen ohne Unterschied der Parteien einheitlich vertreten seien, und feierte die Verdienste Dr. Luthers um Deutschlands Wiederaufbau.

Dr. Luther erwiderte, er betrachte es als ganz großen Gewinn seiner Reise, daß er die Veranlassung zu diesem allgemeinen deutschen Volksfeste werden dürfte. Die Leistungen Deutschlands für seinen Wiederaufbau seien der Tapferkeit und Tüchtigkeit des ganzen Volkes zu verdanken; insbesondere habe die deutsche Beamtenschaft einen bemerkenswerten Anteil an der Rettung von Volk und Vaterland. Jetzt müsse die Lösung heißen: rastlos voran! Jede Arbeit, gleichgültig, ob in Politik oder Wirtschaft oder auf anderen Felde menschlichen Strebens, sei Dienst am Vaterlande. Deutschland müsse die Bedeutung in der Welt wieder erlangen, die ihm nach seinen Leistungen für die Menschheit zukomme; hierzu sei die Mitarbeit jedes deutschen Mannes, jeder deutschen Frau im Inn- oder Ausland, ob Kopf oder Handarbeiter, nötig. Dr. Luther schloß mit einem Hoch auf die Deutsche Kolonie in Buenos Aires.

General Walsh soll berichten.

Berlin, 3. November. Wie die Morgenblätter erfahren, ist General Walsh durch Morshall Hoeh, den Vorsitzenden des Versäiler Kriegskomitees aufgefordert worden, erneut dem Versäiler Kriegskomitee über die deutschen Offestungen zu berichten.

aber in seinen weiteren Auswirkungen die aufs tiefste zu beklagende jetzige Arbeitslosigkeit sicher nur noch verfeinert.

Die Arbeitszeit, wie sie jetzt in der deutschen Wirtschaft gehandhabt wird, ist auf geistlicher Grundlage im Einkommen mit den deutschen Arbeitnehmern so gestaltet worden, wie es den Lebensbedürfnissen der deutschen Wirtschaft zur Überwindung der aus dem Kriege, der Inflation und den weltwirtschaftlichen Veränderungen hervorgegangenen Schwierigkeiten entspricht. Die heutige, leider vielfach zu optimistisch angesehene, unserer Überzeugung nach noch durchaus ernste und nicht gesicherte Lage der deutschen Wirtschaft erlaubt es nicht, unsere Produktion so schweren Erschütterungen auszuweichen, wie sie die von den Gewerkschaften verlangte gesetzgeberische Maßnahme unserer festen Überzeugung nach mit sich bringen würde.

Wir wenden uns daher mit größtem Ernst warnend sowohl an die Reichsregierung wie auch an die politischen Parteien mit der dringenden Bitte, das dem gesamten Volke drohende Unheil abzuwenden.

Bereinigung der Deutschen Arbeiterverbände. Reichsverband der Deutschen Industrie. Deutscher Industrie- und Handelsrat. Hansabund für Gewerbe, Handel und Industrie. Reichsverband der Bankleitungen. Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankergewerbes. Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels. Zentralverband des deutschen Großhandels. Vereinigung der Arbeitgeberverbände des deutschen Handels. Reichsverband des deutschen Handwerks. Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsinstitutionen. Reichsverband der Privatversicherung. Reichsverband der deutschen forst- und landwirtschaftlichen Arbeitgebervereinigungen.

Gemeindewahlen in England.

Wahlerfolge der englischen Arbeiterpartei.

In England und Wales mit Ausnahme von London haben in über 300 Städten Neuwahlen zu den Gemeinderäten stattgefunden. Die Arbeiterpartei hatte für die Wahlen 788 Kandidaten aufgestellt, die Konserativen 85, die Liberalen 299 und die Unabhängigen 294. Nach den bisher vorliegenden Meldungen haben die Wahlen ihren Erfolg für die Arbeiterpartei gebracht. Sie hat 57 Sitze gewonnen und nur 11 verloren. Die Konserativen haben dagegen nur 18 Sitze gewonnen, aber 36 verloren. Die Unabhängigen und Gemäßigten haben 17 Sitze gewonnen und 42 verloren, die Liberalen haben 8 gewonnen und 52 verloren.

Das Arbeiterblatt „Daily Herald“ schreibt, die bei den Gemeinderatswahlen errungenen Erfolge überträfen die kühnsten Erwartungen. Die verachtende Niederlage, die die Konserativen erlitten hatten, sollte dem Premierminister Baldwin und seinen Kollegen zu denken geben. Von glücklicher Vorbedeutung für die Bergleute sei der Sieg ihres Präsidenten, Herbert Smith, in Barnston.